

**NIEDERSCHRIFT**  
**ÜBER DIE 40. SITZUNG DES KREISAUSSCHUSSES**  
**IN DER 10. WAHLPERIODE AM 14.08.2017 IN BAD EMS**

---

Es sind anwesend:

**Vorsitzender:**

Herr Landrat Frank Puchtler ..... Oberneisen

**Mitglieder des Kreisausschusses bzw. deren *Vertreter:***

Herr Kreisbeigeordneter Horst Gerheim ..... Obernhof  
Herr Kreisbeigeordneter Karl Werner Jüngst..... Niederneisen  
Herr Carsten Göller..... Eschbach  
Frau Rita Wolf..... Braubach  
Herr Michael Schnatz ..... Diez  
Frau Gabriele Laschet-Einig ..... Lahnstein  
Frau Monika Becker..... Winden  
Herr Matthias Lammert ..... Diez  
Herr Udo Rau ..... Nassau  
*Herr Horst Klöppel (bei Top A.1, um 8:55 Uhr) ..... Katzenelnbogen*  
Herr Bernd Hartmann ..... Gemmerich  
Herr Josef Winkler ..... Bad Ems  
Herr Aslan Basibüyük ..... Dachsenhausen

**Es fehlen:**

Frau Erste Kreisbeigeordnete Gisela Bertram ..... Nievern  
Herr Werner Groß..... Lahnstein  
Herr Günter Groß ..... Lahnstein

**Mitglieder der Lenkungsgruppe Breitbandausbau:**

Herr Stefan Merz (*Teil A*)  
Herr Oliver Sacher (*Teil A*)  
Herr Bürgermeister Volker Satony (*Teil A*)  
Herr Bürgermeister Josef Oster (*Teil A*)  
Herr Bürgermeister Jens Güllering (*Teil A*)  
*Herr Erster Beigeordneter Hans-Josef Kring (Teil A)*  
*Herr Thomas Becher, Stadt Lahnstein (Teil A)*

**Es fehlen:**

Herr Bürgermeister Werner Groß  
Herr Bürgermeister Harald Gemmer  
Herr Oberbürgermeister Peter Labonte

Herr Leo Neydek  
Herr David Schneider

**Von der Verwaltung:**

Herr Büroleiter Friedhelm Rücker *(bis einschl. B.II.1.j)*  
Herr stellv. Büroleiter Butzke  
Herr Abteilungsleiter Dieter Petri *(öT)*  
Herr Wilhelm Herm, Projektkoordinator Breitband *(Teil A, B.I.1)*  
Herr Abteilungsleiter Jürgen Nickel *(öT bis einschl. B.I.3)*  
Herr stv. Abteilungsleiter Alexander Neeb *(öT)*  
Herr Abteilungsleiter Manfred Crecelius *(Teil A bis einschl. B.I.3)*  
Herr stv. Abteilungsleiter Manuel Nink *(Teil A bis einschl. B.I.3)*  
Herr Guido Erler *(öT bis einschl. B.I.3)*  
Frau Franziska Menche *(öT bis einschl. B.I.4)*  
Ltd. RD Hans-Ulrich Schöberl *(Teil A, B.I.1)*  
Herr Wolf-Dieter Matern, WFG *(Teil A, B.I.1)*  
Herr Uwe Rindsfüßer *(öT)*  
Herr Markus Lewentz, Vorsitzender Personalrat  
Frau Melina Gerharz, Anwärtlerin *(öT)*

**Gäste:**

Herr Klein, Firma Inexio *(zu A.1 a, B.I.1)*  
Herr Jöckel, Rhein-Lahn-Zeitung *(öT)*

**Schriftführerin:**

Frau Anna Weispfennig

Der **Vorsitzende** eröffnet um 08:40 Uhr die öffentliche Sitzung des Kreisausschusses. Er bittet um Informationen zum Projekt Breitbandausbau.

Es werden keine Einwendungen bzw. weiteren Änderungswünsche vorgetragen, sodass die Tagesordnung wie folgt beschlossen wird:

**A. Gemeinsame nichtöffentliche Sitzung von Kreisausschuss und der Lenkungsgruppe Breitbandausbau:**

1. Breitbandausbau im Rhein-Lahn-Kreis

## **B. Sitzung des Kreisausschusses:**

### **I. Öffentliche Sitzung:**

1. Breitbandausbau im Rhein-Lahn-Kreis;  
Sachstandsbericht
2. Genehmigung der Niederschrift
3. Gemeinsame Feuerwehrwerkstatt
4. Medienausstattung Kreisschulen
5. Auftragsvergaben;
  - a) Mitteilung über eine Eilentscheidung;  
Vergabe von Straßenbauarbeiten K 55 OD Berghausen und K 56 Allendorf- Berg  
hausen
  - b) Vergabe von Bauleistungen zu Straßenbauarbeiten im Bereich der K 87 zwischen  
Bogel und Auel
6. Finanzangelegenheiten;  
Beratung und Beschlussfassung über die Einwerbung und Annahme von Spenden  
gemäß § 58 Abs. 3 LKO
7. Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und –mitglieder;  
Anfrage der CDU-Fraktion zum Breitbandausbau im Rhein-Lahn-Kreis
8. Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

### **II. Nichtöffentliche Sitzung:**

1. Personalangelegenheiten
2. Mitteilungen der Verwaltung; Verschiedenes

### **A. Gemeinsame nichtöffentliche Sitzung von Kreisausschuss und der Lenkungs- gruppe Breitbandausbau:**

(...)

## **B. Sitzung des Kreisausschusses:**

### **I. Öffentliche Sitzung:**

#### **Punkt 1:**

#### **Breitbandausbau im Rhein-Lahn-Kreis;**

#### **Sachstandsbericht;**

#### **Anfrage der CDU-Fraktion zum Breitbandausbau im Rhein-Lahn-Kreis**

Der **Vorsitzende** eröffnet den öffentlichen Sitzungsteil. Er bedankt sich bei den Teilnehmern der Lenkungsgruppe und der Bürgermeister und lädt zur Teilnahme am öffentlichen Sitzungsteil ein.

Er nimmt Bezug auf den Antrag der CDU-Fraktion zum Breitbandausbau im Rhein-Lahn-Kreis und bittet Herrn Klein um Informationen.

Herr **Klein** trägt vor, dass das Projekt gut vorangekommen sei. 66 Orte seien bereits online und weitere 10 Ortslagen würden bis Monatsende folgen. Er stellt die Ortslagen vor und erklärt, dass teilweise der Tiefbau noch nicht umgesetzt sei. Dann würde es 4-6 Wochen dauern, um die letzten Orte in Betrieb zu nehmen.

Man befinde sich auf der Zielgeraden und der Gesamtzeitplan würde eine zügige Projektentwicklung aufweisen. Es habe keine größeren Probleme gegeben. Er sei mit dem Projektverlauf zufrieden.

Der **Vorsitzende** bedankt sich zunächst bei Herrn Klein für den Vortrag. Er bittet um Informationen bezüglich der Nutzungsmöglichkeiten und der Anschlussquote.

**Herr Klein** erklärt, dass er keine konkreten Zahlen von Verträgen nennen könne, dies aber in Erfahrung gebracht werden könne. Er sei mit der vertrieblichen Arbeit zufrieden, die Rückmeldungen aus Beratungsveranstaltungen seien sehr gut. Auch mit der Nachfrage seien sie sehr zufrieden, sowohl von privaten Haushalten als auch von Unternehmen. Dies sei deutlich besser als in anderen Projekten, woraus man schließen könne, dass sich solche Investitionen im ländlichen Raum lohnen, dass dies ein gutes Projekt sei.

Zum Thema Betrieb von Dritten in ihrem Netz könne er sagen, dass es eine Verpflichtung sei, wenn Fördergelder fließen oder wenn öffentliche Mittel eingesetzt würden, dass das Netz für Dritte geöffnet würde.

Er verweist auf die auf der Webseite aufgezeigten Vertragsangebote global für das ganze Netz, nicht nur speziell für den Rhein-Lahn-Kreis. Es sei ein Vertragsangebot veröffentlicht für die Drittnachfrager, also Telekom und andere. Die Telekom sei das einzige Unternehmen, welches sich bisher dafür überhaupt interessiert habe. Es gebe aktuell nur Gespräche mit der Deutschen Telekom, dies habe nichts speziell mit dem Rhein-Lahn-Kreis zu tun, sondern es gelte global für das Netz von Inexio. Sie würden über 300.000 Haushalte über

ihr Netz erreichen und so zeige sich auch die Relevanz, welche der Rhein-Lahn-Kreis habe, es sei ein großes Projekt für sie. Dennoch seien im Verhältnis die Anzahl der Haushalte, die sie hier erreichen im Vergleich zum sonstigen Netz ein kleinerer Teil, daher würden solche Verträge global über das komplette Netz laufen. Die Telekom sei interessiert, zu mehr sei es aber auch noch nicht gekommen. Er erklärt, dass Bürger bei ihrem Anbieter bleiben können wenn sie dies möchten, der Anbieter müsste dieses Netz allerdings dann bei ihnen nachfragen, von alleine ginge dies nicht.

**Herr Göller** spricht zunächst seinen Dank an Inexio aus. Er führt an, dass von den KVZ bis zu dem Hausanschluss meistens noch ein paar Meter Kupferkabel zu erschließen seien. Eine wichtige Frage sei, wie weiter vorgegangen werde. Diese seien nicht so leistungsfähig wie Glasfaserkabel. Man müsse überlegen, wie man diesbezüglich gemeinsam vorgehen könne.

Die SPD Fraktion habe zudem auch den Antrag zum Mobilfunkausbau angestoßen, die technische Infrastruktur im Kreis solle weiter ausgebaut werden.

**Herr Herm** führt an, dass nach Abschluss dieses Projektes nicht alles erledigt sei. Deshalb habe er auch den Kreis gebeten, sich Gedanken zu machen, wie das Ganze weitergestaltet werden solle, beispielsweise ob Weiteres unter der Federführung des Kreises organisiert werden solle, ob jede Ortsgemeinde es alleine in die Hand nehmen würde oder ob es auf die Verbandsgemeinden übertragen werden würde. Über kommunalrechtliche Konstruktion müsse man sich diesbezüglich Gedanken machen.

Je höher ein Projekt angesiedelt sei, desto mehr „Marktmacht“ wäre gegeben. Wenn jede Gemeinde das Projekt alleine hätte stemmen wollen, wäre es schwierig geworden auch im Hinblick auf Konkurrenzsituationen. Man müsste sich in der Kommunalfamilie einig werden, dieses Projekt endet nach dem kommunalrechtlichen Vertrag mit der Abrechnung und damit sei auch die Beauftragung des Kreises zu Ende. Wenn man weitere Schritte gehen wolle, müsse man sich sortieren. Damit habe man eine Grundlage, um beispielsweise die Möglichkeit von Fördergeldern für Planungskosten usw. in Anspruch zu nehmen. Dies sei das Fundament auf welchem man aufbauen müsste.

Herr **Lammert** schließt sich dem an. Er bedankt sich für die gute Zusammenarbeit mit der Firma Inexio. Die enge Verzahnung zwischen dem Kreis und den Verbandsgemeinden, auch über die Lenkungsgruppe, sei sehr gut umgesetzt worden. Er spricht Herrn Herm seinen Dank aus, denn auch sein großer Wissensschatz gerade auch in juristischen Fragen habe viel dazu beigetragen, dass alles auf eine solch schnelle Art und Weise habe umgesetzt werden können. Auch fände er es sinnvoll, sich bei ähnlichen Projekten wieder genauso auf Kreisebene Gedanken zu machen. Weitere Themen sollten weiterhin eng verzahnt miteinander besprochen und dann zusammen mit der Lenkungsgruppe zügig wieder aufgegriffen werden. Dies würde er sehr begrüßen.

Der **Vorsitzende** führt an, die weitere Arbeit und auch das Thema Mobilfunk seien zwei wichtige Themenkomplexe, die Schritt für Schritt weiter verfolgt werden müssten.

Er bedankt sich bei Herrn Herm und Herrn Klein für das hohe Engagement und hofft auf weitere gute Zusammenarbeit.

Der Kreisausschuss nimmt die Informationen zur Kenntnis.

## **Punkt 2:**

### **Genehmigung der Niederschrift**

Gegen die Niederschrift über die 39. Sitzung des Kreisausschusses in der 10. Wahlperiode am 12.06.2017 werden *keine* Einwendungen erhoben, so dass die Niederschrift einstimmig genehmigt wird.

## **Punkt 3:**

### **Gemeinsame Feuerwehrwerkstatt**

Der **Vorsitzende** begrüßt Herrn Erler.

Es seien rund 3.000 aktive Feuerwehrkräfte im Rhein-Lahn-Kreis und gerade Sicherheit im Feuerwehrdienst sei wichtig, wenn Menschen für andere im Dienst seien und bei Einsätzen ihr Leben riskierten. Es sei wichtig, dass sorgfältige Grundlagen vorhanden seien. Daher sei gerade der Punkt Sicherheit im Feuerwehrdienst die Grundlage für ein Projekt einer gemeinsamen Feuerwehrwerkstatt. In der Vorlage seien nochmal die Gründe erläutert worden, welche darstellen, dass ein gemeinsames Projekt sinnvoll sei. Hier ginge es um Themen wie Sicherheit im Feuerwehrdienst, die Einhaltung von Prüfvorschriften, Aus- und Fortbildung aber ganz zentral auch um die Entlastung des Ehrenamtes in verschiedener Form. Einmal arbeitstechnisch, aber auch im Bereich Verantwortung und Rechtssicherheit für die Ehrenamtlichen. Feuerwehrdienst und Feuerwehrentwicklung schreite fort und die Aufgabenstellungen würden komplexer werden, daher sei auch die Überlegung, mit dieser Werkstatt auf das Ehrenamt zuzugehen und damit auch Entlastung zu schaffen. Am 21.Juni 2017 habe eine gemeinsame Sitzung mit den Aufgabenträgern, Bürgermeistern und Fraktionsvorsitzenden aber auch Vertretern aus der Feuerwehr stattgefunden bzw. auch von zwei Firmen drei Varianten vorgestellt worden. Diese würden auch als fachliche Einschätzung vorschlagen, die Variante Eigenregie aus Gründen der Steuerung, der Koordinierung und auch der Wirtschaftlichkeit zu favorisieren. Dies sei mit den Aufgabenträgern besprochen worden, auch dort habe man signalisiert, ein grundsätzliches Interesse an einer gemeinsamen Werkstatt in der Variante Eigenregie zu haben. Auf der Basis des aktuell vorliegenden Konzeptes seien noch 6 weitere wichtige Punkte, welche im Detail geklärt werden müssten. Beispielsweise die Frage einer oder mehrerer Werkstattstandorte. Dort gebe es auch verschiedene Vorschläge, dies müsse im Detail herausgearbeitet werden.

Ein weiterer Punkt sei der Transport der Gerätschaften und Materialien. Wenn es eine zentrale Werkstatt gebe, würde sich auch die Frage stellen, wer den Transport übernehme.

Des Weiteren gebe es die Schnittstelle zu den ehrenamtlichen Gerätewarten vor Ort, wenn eine gemeinsame Werkstatt gegründet würde hätte man dort ja auch eine neue Aufgabe in der Hauptamtlichkeit. Wo diese Schnittstelle angesetzt werde, müsse herausgearbeitet werden, damit eine entsprechende Verzahnung möglich sei.

Ein wesentliches Thema sei auch der modulare Einstieg der Aufgabenträger, es gebe ja verschiedene Ausgangsstrukturen in den Verbandsgemeinden und der Stadt Lahnstein.

Daher sei die Überlegung die Werkstatt so zu gestalten, dass man auch später einsteigen könnte.

Es sei zudem überlegt worden, ob das Projekt als Pilotprojekt vom Land gefördert werden könnte.

Als zentralen Punkt bräuchte das Ganze auch eine Rechtsform und eine Trägerschaft, da gebe es verschiedene Überlegungen, auch diese würden noch im Detail herausgearbeitet werden damit eine Lösung gefunden werden könne, die eindeutig, einfach und pragmatisch sei, aber mit klaren Verantwortlichkeiten. Für die Fachabteilungen sei eine Richtungsvorgabe notwendig, damit Detailprüfungen vorgenommen werden könnten und dann das ausgereifte Projekt im Endergebnis vorgestellt werden könnte.

Er schlägt vor, den Auftrag zu geben, dass in Abstimmung mit den Aufgabenträgern das Projekt weiter ausgearbeitet werde und dem Gremium dann wieder zur Beratung vorgelegt werde.

**Herr Erler** betont ebenfalls die Wichtigkeit der Sicherheit im Feuerwehrdienst, dies sei notwendig für die über 3.000 Ehrenamtlichen im Bereich Feuerwehr, aber auch für die Ehrenamtlichen im Bereich der Schnelleinsatzgruppe, welche das Thema genauso betreffen würde wie die Feuerwehrleute.

In der Sitzung vom 21.Juni sei die Vorstellung von drei verschiedenen Konzepten durchgeführt worden, welche sich eigentlich auf einen zentralen Standort ausgerichtet hätten. Aus fachlicher Sicht sei es so, dass er dies präferieren würde. Im Gespräch mit den Bürgermeistern seien auch andere Wege angesprochen worden, welche noch einmal überprüft werden müssten. Für eine dezentrale Lösung sei die personelle Situation allerdings als schwierig einzustufen. Es sei unklar, wie mit dem Ausfall von Personal umgegangen werden müsse, wie dort dann die Synergien der Einhaltung von Prüfgeräten und weiteren Dingen erreicht werden könnten. Er betont, dass dies nur seine persönliche Meinung sei.

Bei der Erstellung eines solchen Konzeptes sei man jedoch an einem Punkt, an welchem man möglicherweise externe Unterstützung brauchen würde um dies klar zu analysieren und dafür bräuchte man aus seiner Sicht ein klares Bekenntnis wer wie in welcher Form mitmachen möchte um dann auch klare Zahlen, Daten und Fakten liefern zu können. Die Schnittstelle zu den Gerätewarten habe er am 21.Juni seiner Meinung nach klar aufgezeigt, es gebe unterschiedliche Materialerhaltungsstufen. Die Gerätewarte würden ihr Ehrenamt nicht verlieren, aber sie würden stark entlastet und aus der Verantwortung für die Prüfung herausgenommen.

Zum Thema Gerätetransport gebe es zwei Ansätze. Wenn Fahrzeuge an einem zentralen Standort überprüft werden würden, müsste dies durch die Feuerwehr realisiert werden, dass die Fahrzeuge dort hingebacht und abgeholt werden. Das Übungs- und Einsatzmaterial könnte man wie bisher auch an den einzelnen Stützpunkten der Verbandsgemeinden realisieren durch Depothaltung, welche auch derzeit angewendet würde.

Er appelliert, den Weg gemeinsam zu bestreiten, auch mit der Zustimmung des Ausschusses. Es sei natürlich ein Umdenkungsprozess, dieser werde nicht einfach sein, aber wenn man dies gemeinsam angehen würde, würde man die Feuerwehren und die Schnelleinsatzgruppen im Rhein-Lahn-Kreis zukunftsfähig und sicher aufstellen und das Ehrenamt würde nicht in dieser Form weiter belastet werden.

Herr **Göller** bedankt sich bei Herrn Erler für die Aufstellung, dies sei eine Bitte von ihm gewesen bei der letzten Sitzung. Durch die Zahlen würde sich herausstellen, dass die Eigenregie die wirtschaftlichste Lösung sei und er diese Eigenregie daher unterstütze. Es solle ein erweitertes Konzept aufgestellt werden, was anschließend auch konkret beraten und beschlossen werden könne damit es auch in die Umsetzung gehe. Bezüglich der zeitlichen Umsetzbarkeit führt er an, dass der Kreisausschuss, der Kreistag, jeder Verbandsgemeinderat darüber entscheiden müsse, demnach bitte er um Verständnis dafür, dass die Zeitplanung abhängig vom Zeitplan der Sitzungen und dem gemeinsamen Beschlussvorschlag sei und dass die Gremien auf der gleichen Grundlage beraten müssten. Er bittet die Verwaltung, dies weiterhin so zu koordinieren wie bisher, dass gemeinsame Vorlagen und Beschlussvorschläge entstehen, welche dann den Verbandsgemeinden zugeleitet werden.

Der **Vorsitzende** führt an, dass es am Ende eine Vorlage gebe, in der das ausgereifte Detailprojekt mit allen Antworten vorliege. Das Ziel sei es, dass für alle 3.000 Feuerwehrkameraden im Kreis die gleiche Sicherheit gewährleistet werden müsse.

Herr **Rau** erklärt, dass es höchste Zeit sei, sich in diesem Bereich zu professionalisieren. Es sei grundlegend und notwendig, dass den Feuerwehrleuten höchste Sicherheit zukommen sollte und die Geräte, welche sie benutzen, geprüft und auf dem aktuellsten Stand sein müssten. Die ehrenamtlichen Gerätewarte würden in die Verantwortung genommen bei so vielen Vorschriften, welche zu beachten sind, dass dies mit der Ehrenamtlichkeit gar nicht mehr realisierbar sei. Man solle die Ehrenamtlichen entlasten und das Ganze hauptamtlich professionalisieren, somit würde keiner seine Funktion verlieren, sondern es würde nur die aktuelle Situation verbessern und auch die ehrenamtlichen Gerätewarte würden weiterhin gebraucht, denn diese müssten zuliefern und auch das Material dann wieder in die Feuerwehren verteilen.

Herr **Hartmann** führt an, dass die Funktion des ehrenamtlichen Gerätewartes so fast nicht mehr zu leisten sei. Es müsse etwas getan werden. Dies sollte dringend weiterverfolgt werden.

Er spricht sich dafür aus, dass alle Beteiligten von Anfang an an dem Projekt teilnehmen. Er fragt bezüglich der Beteiligung von Diez und Hahnstätten an. Er bittet darum, die ganze Sache schnellstmöglich für die Feuerwehren auf den Weg zu bringen.

Der **Vorsitzende** erläutert, dass Diez und Hahnstätten eine Werkstatt grundsätzlich befürworten, aber der Wunsch da sei, dass ein modularer Einstieg ermöglicht werden kann.

Herr **Schnatz** erklärt, dass sie grundsätzlich bereit seien für eine Zusammenarbeit. Die bestehende Struktur vor Ort sollte aber nicht verworfen werden, weshalb sie sich für die Möglichkeit eines modularen Einstiegs aussprechen würden.

Der Kreisausschuss beauftragt die Verwaltung einstimmig in Abstimmung mit den Aufgabenträgern die Variante „Betrieb einer gemeinsamen Werkstatt in Eigenregie“ im Detail auszuarbeiten und das Projekt zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung den Gremien vorzulegen.



#### **Punkt 4:**

##### **Medienausstattung Kreisschulen**

Der **Vorsitzende** führt aus, dass es im Bereich der Medienausstattung in Schulen und der Digitalisierung einen großen Handlungsbedarf gebe. Er beziffert den Bedarf in der Spitze auf hoch gerechnet rd. 1 Millionen Euro.

Als Vorschlag sei erarbeitet worden, die sieben Systeme jetzt zu starten und im September in der Schulleiterbesprechung die Thematik aufzugreifen. Man müsse realistisch bezogen auf die Haushaltssituation handeln, dennoch sei es eine sinnvolle Investition in die Bildung und in die jungen Menschen. Die Übersicht der Schulen wird der Niederschrift beigelegt (Anlage 3).

**Herr Göller** spricht zunächst seinen Dank an die Verwaltung aus führt an, dass der Vorschlag der SPD-Fraktion, Mittel bereitzustellen und mit den 30.000 € zu starten auf fruchtbaren Boden gefallen sei, denn der Bedarf, das sehe man daran wie viele Schulen sich gemeldet haben, sei da und dort wäre also auch die Pflicht in den nächsten Jahren zuzulegen und das Ganze umzusetzen. Er spricht sich dafür aus, in den nächsten Jahren den Betrag zu erhöhen um das Bildungssystem weiter zu unterstützen. Es handele sich hier um den investiven Bereich.

**Herr Lammert** bedankt sich ebenfalls. Auch die CDU-Fraktion habe immer angeregt, die Schulen entsprechend auszubauen. Der Haushalt sei eng aufgestellt, das wäre bekannt, die ADD habe bei dem einen oder anderen Projekt auch bereits einen Strich durch die Rechnung gemacht. Er fragt nach, ob ein in der Vorlage erwähntes Förderprojekt neu aufgegriffen wurde und ob auch Schulen des Rhein-Lahn-Kreises eventuell über dieses Projekt Whiteboards oder ähnliches beantragen würden und könnten. Wenn die Schulen auch darüber Maßnahmen beantragen könnten wäre dies eine weitere Möglichkeit, das Ziel schneller zu erreichen.

Herr **Petri** erläutert, dass seinerzeit an dem Förderprojekt alle Schulen teilgenommen und partizipiert hätten. In der Summe habe es sich um rd. 40.000 € gehandelt. Ob trotzdem eine erneute Förderung möglich sei, sei nicht bekannt. Es werde sich erkundigt.

Herr **Hartmann** nimmt Bezug auf den Beschlussvorschlag und regt an, konkret die Anschaffung von sieben Systemen zu beschließen.

Herr **Göller** ergänzt zu der Thematik des Haushalts, dass hier nicht mit dem Turnhallenkonzept verglichen werden könne, da es sich dort um Kosten der Unterhaltung handele.

Der **Vorsitzende** stellt den Beschluss zur Abstimmung.

1. Der Kreisausschuss beschließt einstimmig das durch die Fachabteilung vorgelegte Konzept und erteilt dieser einstimmig den Auftrag, die Beschaffung der interaktiven Systeme in Abstimmung mit den betroffenen Schulen umzusetzen.
2. Die Verwaltung wird einstimmig ermächtigt, die Anschaffung von sieben interaktiven Systemen im Haushaltsjahr 2017 aus dem Sonderansatz in Höhe von 30.000 € auf der zuvor geschilderten Grundlage vorzunehmen.

#### **Punkt 5:**

##### **a) Mitteilung über eine Eilentscheidung;**

##### **Vergabe von Straßenbauarbeiten K 55 OD Berghausen und K 56 Allendorf-Berghausen**

Der **Vorsitzende** erläutert die Sitzungsvorlage.

Herr **Rau** führt aus, in der Vorlage werde der Ausbauabschnitt als nicht mehr verkehrssicher bezeichnet und fragt an, warum diese Maßnahme dann nicht im Ausbauprogramm enthalten sei.

Herr **Petri** erläutert die Problematik, dass man bei einem Förderantrag mit der Thematik einer Abgabe der Straße an die Gemeinde konfrontiert werde. Daher biete sich hier die Sanierung über das Parallelprogramm an.

Der Kreisausschuss nimmt die Eilentscheidung über die Vergabe der Straßenbauarbeiten im Bereich der K 56 Allendorf-Berghausen und der K 55 OD Berghausen an die Firma EUROVIA Teerbau GmbH NL Koblenz zu einem Bruttoangebotsendpreis in Höhe von 193.610,32 € zustimmend zur Kenntnis.

##### **b) Vergabe von Bauleistungen zu Straßenbauarbeiten im Bereich der K 87 zwischen Bogel und Auel**

Herr **Klöppel** erkundigt sich nach einem frostsicheren Aufbau.

Herr **Petri** erläutert, dass es sich um einen Bestandsaufbau handele.

Der **Vorsitzende** erläutert, dass die Angelegenheit auch dem Kreistag vorgelegt werde. Aufgrund der Eilbedürftigkeit der Maßnahme solle eine Eilentscheidung den Kreisbeigeordneten vorgelegt werden.

Der Kreisausschuss empfiehlt einstimmig, die Vergabe der Straßenbauarbeiten im Bereich der K 87 Bogel – Auel an die Firma Abel & Weimar GmbH aus Limburg, zur Bruttoangebotsendsumme in Höhe von 535.065,75 € zu beschließen.

### **Punkt 6:**

#### **Finanzangelegenheiten;**

#### **Beratung und Beschlussfassung über die Einwerbung und Annahme von Spenden gemäß § 58 Abs. 3 LKO**

Der **Vorsitzende** erläutert die Vorlage.

Der Kreisausschuss beschließt einstimmig die Annahme des nach § 58 Abs. 3 LKO anzeigepflichtigen Spendenbetrages in Höhe von 9.329,67 € gemäß der zur Sitzungsvorlage vom 20.07.2017 beigefügten Aufstellung.

### **Punkt 7:**

#### **Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und –mitglieder;**

#### **a) Anfrage der CDU-Fraktion zum Breitbandausbau im Rhein-Lahn-Kreis**

Der **Vorsitzende** führt an, dass die Anfrage unter Punkt B.I.1 behandelt worden sei.

#### **b) Mündliche Anfrage von Herrn Winkler, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, zum Anbau auf dem Feld entlang der B 260 zwischen Lahnstein und Bad Ems**

Herr **Winkler** führt zum Anbau auf dem Feld entlang der B 260 zwischen Lahnstein und Bad Ems an, dass hier ein Schild „Versuch“ aufgestellt sei. Er fragt an, um was genau es sich hier handele und ob dies in Erfahrung gebracht werden könne.

Der **Vorsitzende** sagt zu, Informationen anzufragen.

a) Die Anfrage der CDU-Fraktion zum Breitbandausbau wurde unter Tagesordnungspunkt B.I.1 beantwortet.

b) Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen die Anfrage zur Kenntnis. Der Vorsitzende sagt zu, dass Informationen angefragt werden.

**Punkt 8:**

**Mitteilungen der Verwaltung; Verschiedenes**

Der **Vorsitzende** nimmt Bezug auf die Sanierung der L 334. Auf Initiative des Kreises habe ein gemeinsames Gespräch stattgefunden mit Vertretern der Landesbehörden, Landesforsten, obere Naturschutzbehörde, obere Wasserbehörde, sowie auch der Verbandsgemeindeverwaltung. Mit den Sofortmaßnahmen solle begonnen werden, eine Zeitschiene sei erstellt worden. Der LBM stelle zurzeit das Handlungskonzept zusammen, welches bei einer Bürgerversammlung am 20.09.2017 vorgestellt werden solle.

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen die Informationen zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** eröffnet die nichtöffentliche Sitzung um 10.30 Uhr.

**II. Nichtöffentliche Sitzung:**

(...)

Nachdem sich kein weiterer Beratungsbedarf ergibt, schließt der **Vorsitzende** die 40. Sitzung des Kreisausschusses in der 10. Wahlperiode um 10.45 Uhr.

**Der Vorsitzende:**

gez.

(Frank Puchtler)  
Landrat

**Die Schriftführerin:**

gez.

(Anna Weispfennig)